

4. Jahrgang · Ausgabe 2 · 1998

KURIER

Das Magazin der Aqua-Kommunal-Service GmbH & Co. KG

Auszug:

Neue Fördermittelrichtlinie

⇒ Seite 6

Ermittlung von Grundlagen zur Gebührenerhebung

⇒ Seite 7

Neue Förderrichtlinie über die Gewährung von Finanzhilfen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung zur Förderung von öffentlichen Abwasserableitungs- und -behandlungsanlagen

von Dipl.- Ing. Hans-Jürgen Schettler ☎ (0335) 5623195

Seit dem 1. April 1998 gilt die oben genannte auf 2 Jahre befristete Richtlinie.

Im Vergleich zur vorher gültigen Richtlinie vom 15. März 1996 gibt es wesentliche Änderungen, die nachfolgend kurz dargestellt werden sollen.

Pkt. 2.2. Gegenstand der Förderung

Abwasseranlagen auf den Grundstücken einschließlich des Anschlußschachtes sind bei Anwendung alternativer Entwässerungsverfahren zum Teil förderfähig.

Dies betrifft bei Druck- oder Vakuumentwässerung die Kosten für die kompletten Druck- und Vakuumbehälter gemindert um 2,0 TDM brutto je Hausanschluß (s. auch Anlage 2 Pkt. 3.2).

Pkt. 5.4. Form der Zuwendung

Die Zuwendung wird nur noch als Zuschuß gewährt. Die Zinsverbilligung von Darlehen entfällt.

Pkt. 6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

Pkt. 6.2. Hier wurde die Widerrufsfrist von 12 auf 25 Jahre für die Veräußerung bzw. nicht zweckentsprechende Nutzung von Bauten und baulichen Anlagen verlängert. Noch innerhalb dieser Frist können ggf. Fördermittel zurückgefordert werden.

Pkt. 6.4. Ein Hinweis auf die Förderung durch das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung ist dann erforderlich, wenn der Zuwendungsbescheid keine andere Regelung festlegt (vorher Hinweis ausnahmslos erforderlich).

Pkt. 7.2. Bewilligungsverfahren

Die Investitionsbank des Landes Brandenburg wurde zusätzlich der Bewilligungsbehörde (Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Raumordnung) gleichgestellt, falls Mittel aus den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung ausgereicht werden.

Pkt. 8 Geltungsdauer

Die Förderrichtlinie tritt ab dem 1. April 1998 in Kraft und ist auf 2 Jahre befristet.

Anlage 2 Pkt. 3 Zuwendungshöhe (neu gefaßt)

3.1. Die Zuwendung erfolgt in Abhängigkeit von

den spezifischen zuwendungsfähigen Kosten und von der mittleren finanziellen Jahresbelastung für die Abwasserentsorgung je Einwohner. Daraus ergeben sich folgende Konsequenzen:

- Die Kostengrenze der Förderung mit spezifischen Kosten von 2000,00 DM/Einwohner entfällt (Obergrenze 6000,00 DM/Einwohner gilt weiter).
- Bei einer Abwassergebühr von mindestens 6,67 DM/m³ (einschl. Grundgebühr) entfällt der Nachweis der mittleren finanziellen Jahresbelastung.
- Liegt die Gebühr darunter, ist der Nachweis der Jahresbelastung von 200 DM/E, errechnet aus der Summe
 - der Mengengebühr lt. Satzung (Ansatz 30 m³/E)
 - der Grundgebühr lt. Satzung (3 E je Hausanschluß)
 - der Verzinsung des ermittelten Anschlußbeitrages je Einwohner mit 8 % jährlich zu erbringen.

Letztere Berechnung bezieht sich auf die ab 01.01.1992 bis 31.12. des Vorjahres eingenommenen Anschlußbeiträge geteilt durch die Anzahl der in dem Zeitraum angeschlossenen Einwohner bzw. Einwohnerwerte. Beitragsvorauszahlungen werden nicht berücksichtigt.

Zum Beispiel ergibt sich bei einer Mengengebühr von 4,00 DM/m³ und einem gemittelten Anschlußbeitrag von 1000,00 DM/E bei 8% Verzinsung bereits eine mittlere Jahresbelastung von 200,00 DM/E.

Im Land Brandenburg wird fast jeder Aufgabenträger das Kriterium der Jahresbelastung von 200,00 DM/E erreichen.

Weiterhin wurde die Erhöhung des Zuwendungssatzes für Vorhaben mit mehr als 6000,00 DM/E bei begründeten außergewöhnlichen umweltrechtlichen Anforderungen von 10 auf 15 % verändert.

3.2. Dieser Punkt bezieht sich auf zuwendungsfähige Kosten bei Abwasserableitungen, die nach den Druck- oder Vakuumverfahren arbeiten. Neu ist die Prüfung der Notwendigkeit der geplanten Anzahl der Druck- bzw. Vakuumstationen.

Ermittlung von Grundlagen zur Gebührenerhebung für die Niederschlagswasserableitung in Trenn- und Mischkanälen

von Dr. rer. nat. Bernhard Kuhn ☎ (0335) 5623199

Die AKS hatte die Aufgabe übertragen bekommen, für ein großes Stadtgebiet die von den einzelnen Grundstücken in die öffentliche Misch- oder Regenwasserkanalisation ablaufenden Niederschlagswassermengen zu erfassen. Dabei konnten wir Erfahrungen gewinnen, die bei anderen Vorhaben nutzbringend umgesetzt werden können.

Zunächst einmal sei auf folgendes hingewiesen:

Die Zuständigkeit für die Unterhaltung der Netze und Anlagen wie z. B. Regenwasserkanäle oder Regenrückhaltebecken wurde entweder den Zweckverbänden von der Kommune übertragen oder wird bei den Stadtverwaltungen selbst wahrgenommen. Die notwendigen Leistungen zur Unterhaltung, Instandhaltung und der bedarfsgerechten Erneuerung sind kostenaufwendig. Der Kostenanteil für die Regenentwässerung inklusive Straßenentwässerung kann durchaus zwischen 30 und 55 % der Entwässerungsgesamtkosten liegen. Desweiteren ist zu bedenken, daß Niederschlagswasser bei Wohn- und Gewerbegebieten, die im Trennsystem entwässert werden, laut dem Brandenburgischen Abwasserabgabengesetz ab 2000 abgabepflichtig werden (Niederschlagswasserpauschale). Auf der Grundlage des Kommunalabgabengesetzes des Landes Brandenburg (KAG) besteht die Pflicht, für derartige Leistungen kostendeckende Entgelte zu kalkulieren und nach Bestätigung durch die Stadtverordneten auch zu erheben.

Oft werden diese Entgelte noch nicht erhoben, obwohl für die Entwässerung Kosten anfallen.

Es entsteht die Frage, wie die Gebühren zu bemessen sind. In einigen Fällen erfolgt die Erhebung als Anteil an der Abwassergebühr (sog. Vollanschluß). Dies ist jedoch nur zulässig, wenn dieser Anteil verhältnismäßig gering, d. h. kleiner als 10 % ist. Bei der Einführung einer Benutzungsgebühr für die Niederschlagsentwässerung empfiehlt es sich, die Gebühr nach der an die zentrale Entwässerung angeschlossenen und befestigten Fläche zu bemessen. Diese Bemessungsgrundlage ist ein geeigneter Wahrscheinlichkeitsmaßstab für die Ermittlung von Niederschlagsgebühren.

Über die Größe der befestigten Fläche, dem Abflußbeiwert (unterschiedlich z. B. für Steildach, Flachdach sowie Art der Versickerung) und dem meteorologisch bestätigten mittleren Niederschlag wird die Jahresmenge in Kubikmeter ermittelt. Diese Größe gilt dann als grundstücksbezogene

Einleitung und bildet die Basis für die Jahresgebühr. Die Grundlagen müssen durch eine Erhebung ermittelt werden. Mit Beendigung der Erhebungsaktion empfiehlt sich eine vertragliche Vereinbarung über die Berechnungsgrößen mit dem zahlungspflichtigen Grundstücksnutzer.

Eine Einführung der Gebührenerhebung entsprechend Kommunalabgabengesetz empfiehlt sich in drei Etappen.

1. Etappe: Als Vorstufe sollten die Kosten der Regenwasserableitung der überschlägig ermittelten Gesamtmenge des anfallenden Niederschlagswassers gegenübergestellt werden. Wichtig ist dabei auch, welcher Anteil aus öffentlichen Gebäuden, Straßen und Plätzen und welcher Anteil aus privaten Grundstücken zu erwarten ist. Mit der ersten Etappe wird die weitere Strategie festgelegt.

2. Etappe: Sie dient der Schaffung der satzungsrechtlichen Grundlagen. Dabei kommt es darauf an, ob eine eigene Regenwassersatzung verabschiedet werden soll oder ob das Problem Bestandteil der Abwassersatzung ist, wobei als Abwasser sowohl Schmutzwasser als auch das von den Grundstücken abfließende Niederschlagswasser zu definieren ist.

3. Etappe: Mit dieser arbeits- und zeitaufwendigen Etappe erfolgt die Erfassung der relevanten Flächen. Hier empfiehlt sich zunächst eine Selbsterfassungsaktion, denn nach KAG § 12 in Verbindung mit dem § 80, Abs. 1 der Abgabenordnung können die Grundstückseigentümer zur Mitwirkung bei der Ermittlung von Bemessungsdaten zur Preisbildung in Form einer Selbstauskunft verpflichtet werden.

Eine derartige Aktion muß sorgfältig vorbereitet werden und sie bedarf vor allem einer Betreuung, denn es werden bei den Grundstückseigentümern immer wieder Fragen auftreten. Eine oft gestellte Frage gilt der Bewertung von Zisternen in denen Regenwasser gespeichert und für die Gartenbewässerung genutzt wird. Hier hat die AKS einen spezifischen Bewertungsschlüssel entwickelt. Die Erfassung muß von einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden.

In diesem Beitrag können nicht alle Fragen ausreichend behandelt werden. Wir sind gern bereit, unsere gewonnenen Erfahrungen für Sie als Dienstleistung einzubringen.